



Die Lernunfähigkeit der Eliten und ihr Preis

Die Globalisierung hat die kosmopolitischen Eliten immer stärker zu einer Kaste gemacht, die sich über jene Kreise hinwegsetzt, die mit der Globalisierung nicht so gut zurechtkommen. Eine Arroganz, die sich zu rächen beginnt. Gastkommentar von Paul Widmer

Drei Schocks haben die westliche Welt innerhalb von fünf Jahren erschüttert: der Fall von Kabul, vorher der Brexit und zuerst die Wahl von Donald Trump. Für die Schweiz kommt noch der Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen hinzu.

Was ist den vier Ereignissen gemeinsam? Stets war das geschehen, was die politische Elite nicht für möglich gehalten hatte. Warnzeichen gab es in allen Fällen. Aber man übersah sie geflissentlich. Im Glauben, den richtigen Verlauf der Geschichte zu kennen, war die politische Elite lernunwillig geworden. Und so kam es, dass die vorherrschenden Muster zur Weltklärung nicht allmählich, sondern mit einem Eklat versagten.

Nach 1989 ist die liberale Weltordnung nicht, wie angenommen, robuster, sondern mörcher geworden. Mit schwammigen Konzepten täuschten sich die tonangebenden Kreise über den Schwund an militärischem Einsatzwillen, an gesellschaftlichem Zusammenhalt und an verbindlicher Rechtsstaatlichkeit hinweg. Stattdessen schwärmten sie von Soft Power, Global Governance und vagen Wertegemeinschaften – bis dann mehrere Schocks die Truggebilde demaskierten. Spulen wir die vier Fälle in ihrer zeitlichen Abfolge zurück.

Überengagement der USA

Die USA sind nach wie vor die grösste Weltmacht. Niemand kommt ihnen auch nur annähernd gleich. Aber dass die Pax Americana dem Ende entgegengeht, zeichnete sich seit langem ab. Seit Jahren litt Washington an seinem geostrategischen Überengagement und beklagte sich über Verbündete, die zu wenige Lasten abnehmen. Dass es den militärischen Rückzug aus Afghanistan ins Auge fasste, war nur folgerichtig. Doch wie er vollzogen wurde, hat schockiert. Die unwürdige Hast hat das Vertrauen in die USA als verlässlichen Bündnispartner nachhaltig erschüttert.

Nicht viel besser erging es der Nato. Der Beistandspakt zur Abwehr eines sowjetischen Angriffs auf einen Mitgliedsstaat gilt zu Recht als eines der erfolgreichsten Verteidigungsbündnisse der Geschichte. Aber die Nato hatte mit dem Zerfall der Sowjetunion ihre Mission erfüllt. Was nachher kam, war nicht mehr das, wofür sie geschaffen worden war. Mit der Bombardierung Serbiens verirrte sie sich in ihren ersten Angriffskrieg, dann dehnte sie ihre Operationen weit über ihr eigenes Territorium hinaus aus, bis hin nach Afghanistan. Wenn Trump in einem Punkt recht hatte, dann in diesem: Die

Nato war von ihrer Zielsetzung her obsolet geworden. Doch das durfte man nicht sagen. Man wollte die Realität nicht zur Kenntnis nehmen. Lieber beschwor man die eigene Erfolgsgeschichte so lange, bis die Taliban das Bündnis mit einer harten Lektion auf den Boden der Realität holten.

Schallende Ohrfeige

Auch die Schweiz erlebte eine Erschütterung von seltenem Ausmass mit dem Ende der Verhandlungen über ein Rahmenabkommen. Lange tat das Establishment so, als ob es bei diesen Verhandlungen bloss darum ginge, die Bilateralen zu festigen. Das war eine kühne Behauptung. Ein Abkommen, das dem Europäischen Gerichtshof bei Streitfällen das letzte Wort zugesteht, ist qualitativ etwas Neues. Doch war man zuversichtlich, mit einigen Retuschen das Abkommen über die Runden zu bringen.

Erst als sich der Widerstand immer stärker artikuliert, schreckten die Befürworter auf und schos-

Die grossstädtischen Bobos entfalteten eine irritierende Intoleranz. Sie wollen allen ihre Wertvorstellungen aufdrängen.

sen in der Endrunde aus allen Rohren. Unter dem verqueren Namen Progresuisse appellierte alles, was im Land Rang und Namen hat oder hatte, in ganzzeitigen Inseraten an die historische Verantwortung des Bundesrats. Diesem war jedoch bewusst geworden, dass der vorliegende Entwurf vor dem Volk keine Gnade finden würde. So zog er endlich den Stecker und zeigte ungeahnte Standfestigkeit. Er hielt es nicht einmal für nötig, eine Delegation von Progresuisse zu empfangen. Eine derart bittere Niederlage musste das Schweizer Establishment noch selten einstecken.

Auch der Brexit-Entscheid war eine schallende Ohrfeige für das Establishment. Fast alle Meinungsmacher warben vor der Abstimmung für einen Verbleib in der EU. Einen Austritt hatten sie nie ernsthaft in Betracht gezogen. David Cameron hätte kein Referendum angesetzt, wenn er mit einem solchen Ausgang gerechnet hätte. Aber die Wähler in Nordengland tanzten nicht mehr nach der Pfeife der Londoner City.

Schliesslich zur Wahl von Trump, dem politischen Urknall. Niemand konnte sich vorstellen, dass der ungehobelte Republikaner gegen Hillary Clinton, die haushohe Favoritin der Eliten an Ost- und Westküste, siegen würde, nicht einmal die eigene Partei. Aber die demokratische Arbeiterschaft lief in Scharen zu Trump über. Etwas muss falsch gelaufen sein. Doch was?

David Brooks, ein vielbeachteter Kolumnist der «New York Times», meint, die neuen kreativen Eliten, die an den Universitäten, in den Medien, der digitalen Welt und der Kultur dominieren, hätten versagt. Er muss es wissen. Vor zwanzig Jahren hat er ein Buch über die Bobos, die «bourgeois bohémiens», geschrieben. Damals glaubte er, die neuen Trendsetter würden nicht nur einen wirtschaftlichen Aufbruch, sondern auch eine gesellschaftliche Erneuerung mit mehr Gemeinsinn einleiten. Er war begeistert. Doch er hatte sich, wie er kürzlich in einem Essay im Magazin «The Atlantic» eingestand, gründlich getäuscht.

Weniger Demokratie

Die grossstädtischen Bobos entfalteten eine irritierende Intoleranz. Sie wollen allen ihre Wertvorstellungen aufdrängen. In den Universitäten und den Medien hat es für Andersdenkende immer weniger Platz. Eine Cancel-Culture greift um sich. Und was ist mit mehr Solidarität? Ach je, die Gutverdienenden verteidigen ihre wirtschaftlichen Privilegien wie gehabt, freilich nicht offen, sondern mit diskre-

ten Codes abgeschirmt. Die einfachen Arbeiter und Angestellten dagegen sind dem rauen Wettbewerb der Globalisierung ausgesetzt. Die Bilanz ist alles andere als erhehend. Statt die amerikanische Gesellschaft zu erneuern, hat die neue Elite, so Brooks, Amerika gespalten. Die Wahl Trumps war vor allem eine wütende Reaktion des verachteten ländlichen Mittelstandes auf die Arroganz der Bobos.

Ähnliche gesellschaftliche Verwerfungen führten zum Protest der Gelbwesten in Frankreich und zum Brexit in Grossbritannien. Es war eine Abrechnung zwischen den Erfolgreichen und den Zukurzgekommenen. Doch andere Gründe kommen hinzu, namentlich der Widerspruch von Globalisierung und Demokratie, verbunden mit einer kontinuierlichen Schwächung des Nationalstaats.

Lange Zeit schwärmte die neoliberale Elite von den Segnungen der Globalisierung. Ein Abbau der zwischenstaatlichen Schranken würde, so hiess es, nur Gewinner hervorbringen. Aber da gab es noch das Problem der Nationalstaaten. Diese fühlten sich dem Schutz ihrer Bürger verpflichtet. Man konnte sie nicht einfach in Luft auflösen. Doch die Privilegierten glaubten, ein Wundermittel zu deren Entmachtung zu besitzen. Dieses hiess: Global Governance.

Zwar weiss niemand, was dieser Neologismus genau bedeutet; aber die Davoser Elite wusste, was sie wollte: eine Vereinheitlichung der weltwirtschaftlichen Regeln von oben herab. Mit selbsternannten Klubs wie der G-7 oder G-20, mit einer kontinuierlichen Abfolge von Gipfelkonferenzen und Ministertreffen, mit Soft Law und Richtlinien, die keinen Gesetzesrang hatten, jedoch den Imperativen der Macht folgten, nahmen die führenden Mächte die sperrigen Nationalstaaten an die Kandare. Und es gelang recht gut.

In der Corona-Pandemie kam freilich deutlich zum Vorschein, dass die Globalisierung nicht nur Vorteile bringt. Man hätte das früher wissen können. Ein kluger Beobachter wie der liberale Soziologe Ralf Dahrendorf deckte das grundlegende Problem schon vor zwanzig Jahren auf. Er erkannte, dass mehr Globalisierung immer auch weniger Demokratie bedeutet. Denn auf globaler Ebene gibt es keine Möglichkeit, die Betroffenen in die Entscheidungen einzubeziehen. Demokratie ist auf Bürgernähe angewiesen. Ohne den Schutz der Autonomie des Nationalstaats kommt sie nicht aus. Leidtragende der Globalisierung war die sesshafte, ortsgeliebte Bevölkerung. Diese verlor immer mehr Rechte an Instanzen, die nicht der demokratischen Kontrolle unterliegen.

Die Opfer der Globalisierung sind somit dreifach benachteiligt: gesellschaftlich, wirtschaftlich, politisch. Gesellschaftlich sind sie der Verachtung der weltgewandten Eliten ausgesetzt. Wirtschaftlich bezahlen sie die Zeche für den globalen Aufschwung, teils direkt mit einem Abgleiten in die Armut, teils indirekt mit einer Verschlechterung der Perspektiven, wie das für ein grosses Segment des Mittelstandes zutrifft. Politisch verschlechtert sich ihre Lage, indem immer mehr Entscheidungen in Sphären getroffen werden, in denen sie nichts zu sagen haben.

Solche Verwerfungen gehen nicht ungestraft über die Bühne. Wenn eine Elite die Zeichen der Zeit nicht mehr erkennt und glaubt, unbeirrt ihre Vorstellungen durchsetzen zu können, provoziert sie Widerstand. Lernunwilligkeit hat ihren Preis. Er wird in Form von disruptiven Schocks bezahlt. Die Folgen sind gross. Wie man jetzt schon sehen kann, könnten sie das Ende einer Weltordnung bedeuten, die eine ganze Epoche geprägt hat.

Paul Widmer ist langjähriger Diplomat und Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der HSG.